



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesverband Brandenburg e.V.
www.djg-brandenburg.de

Deutsche Justiz-Gewerkschaft - 15806 Zossen, Marktplatz 9

23.03.2011

Volksinitiative gegen die Polizeistrukturereform

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Landesvorstand der Deutschen Justiz-Gewerkschaft bedankt sich bei all denen sehr herzlich, die mit ihrer Unterschrift zur Volksinitiative gegen die Polizeistrukturereform dafür gesorgt haben, dass sich nunmehr auf Beschluss der SPD-Fraktion der Landtag mit dem Inhalt der Volksinitiative beschäftigen wird. (siehe unten: Presseartikel)

In unserer Stellungnahme vor dem Innenausschuss (komplett nachzulesen auf unserer Homepage unter Fachbereich Richter und Staatsanwälte) stellte die DJG folgende konkrete Forderungen auf:

1. Erhalt aller Polizeistandorte
2. Erhalt der vierten Einsatzhundertschaft
3. Erhalt des eigenständigen Landeskriminalamtes mit Sitz in Eberswalde
4. Erhalt einer leistungsfähigen Kriminalpolizei
5. Ausreichende Ausbildung von polizeilichem Nachwuchs

Wir bleiben dran, denn: Wer nicht kämpft, hat bereits verloren!

POLIZEI: SPD und Linke jetzt auch für Volksinitiative

POTSDAM - Einst aus Protest gegen die von Rot-Rot geplante Polizeireform gegründet, legte eine Volksinitiative kürzlich die nötige Zahl von 20 000 Unterschriften dem Landtag vor. Die landesweite Aktion, die maßgeblich von der Gewerkschaft der Polizei unterstützt wurde und sich gegen den Personalabbau von 8900 auf 7000 Polizisten bis 2014 wendet, stand unter dem Motto: „Wir sehen schwarz“. Das Wort „schwarz“ stand dick neben einem durchgekreuzten „Rot-Rot“.

Doch jetzt sind plötzlich auch SPD und Linke für die Volksinitiative. Zumindest beschloss gestern die SPD-Fraktion, dass sich der Landtag mit dem Anliegen der Initiatoren beschäftigen soll.

Am Personalabbau wird trotzdem festgehalten, betonte Fraktionschef Ralf Holzschuher. Denn die Volksinitiative enthalte „keine konkreten Festlegungen“. Die Zielzahl 7000 Polizisten bis 2014, die Innenminister Dietmar Woidke (SPD) vorgab, sei weiter der Maßstab, sagte er.

Die Volksinitiative, die auch von der oppositionellen CDU unterstützt wird, heißt: „Für den Erhalt einer leistungs- und handlungsfähigen sowie wahrnehmbar präsenten Polizei in allen Regionen des Landes Brandenburg“. In der Tat geht der Text nicht über einen allgemein formulierten Appell an die Landesregierung hinaus, die Polizeipräsenz im Land zu erhalten. Verzichtet wurde damals auf einen eigenen Gesetzentwurf, der beispielsweise eine bestimmte Personalstärke für die Polizei festschreibt oder Stellenkürzungen verbietet.

Rot-Rot hätte die Volksinitiative mit ihrer Mehrheit im Landtag auch ablehnen können. Das hätte wiederum bedeutet, dass aus der Volksinitiative ein Volksbegehren – die höhere Stufe der Volksabstimmung – eingeleitet werden könnte. Für einen Erfolg sind dafür 80 000 Unterschriften nötig. Dazu kommt es nun aber nicht. (igo)